

ANTRAG

der Fraktionen DIE LINKE und SPD

Keine Abschiebungen in den Iran – Abschiebungsstopp wiederaufnehmen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Der Abschiebungsstopp in den Iran endete in 15 Bundesländern am 31. Dezember 2023, in Berlin am 29. Februar 2024. Die Innenministerkonferenz (IMK) hatte im Dezember 2022 erstmals einen bundesweiten Stopp der Abschiebungen in den Iran beschlossen. Anlass dafür war der Mord an Jina Mahsa Amini im September 2022. Infolgedessen flammten landesweite Proteste auf, die von den iranischen Sicherheitsbehörden und den iranischen Revolutionsgarden brutal niedergeschlagen wurden. Hunderte Menschen starben, Tausende wurden verhaftet, gefoltert und zum Teil hingerichtet. Im Sommer 2023 verlängerte die IMK den Abschiebestopp mit dem Verweis auf die immer noch gravierende Menschenrechtslage. Die Menschenrechtssituation im Iran hat sich – insbesondere für Frauen und Mädchen – in den letzten Monaten nicht verbessert.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene entsprechend der Erlasslage zu Afghanistan umgehend für eine Fortsetzung des Abschiebungsstopps in den Iran einzusetzen.
2. die Ausländerbehörden in Mecklenburg-Vorpommern über die Aufforderung an den Bund zu informieren und diese für einen Beibehalt ihrer Sensibilisierung in möglichen Abschiebungsverfahren sowie für das Nutzen des möglichen Handlungsspielraumes zur Vermeidung von Abschiebungen in den Iran zu ermutigen.

Jeannine Rösler und Fraktion

Julian Barlen und Fraktion